

Bürgerinitiative
Lebensraum Oberes Drautal
Berg 13
9771 Berg im Drautal

An Herrn Landeshauptmann
Mag. Dr. Peter Kaiser
und das Kollegium der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt am Wörther See

03.07.2022

Betreff: Politischer Postwurf zum sogenannten „B100-Sicherheitsausbau“ hält einem
Faktencheck nicht stand! - B100-Paradigmenwechsel

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,
sehr geehrtes Kollegium der Kärntner Landesregierung!

Nach einer massiven Medienkampagne für den Bau der bahnparallelen Umfahrungsvariante der B100 erreichte am 9. und 10. Mai 2022 auch noch ein Postwurf, von den Landesräten Schuschnig und Gruber sowie drei Bürgermeistern, die Haushalte von Greifenburg, Berg und Dellach im Drautal. Sie richteten sich mit „Fakten zum Sicherheitsausbau der B100“ an die „geschätzten Bürgerinnen und Bürger“ (s. Anhang). Damit wollte man offensichtlich in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, dass der sogenannte „Sicherheitsausbau“ bzw. bahnparallele Ausbau der B100 die bestmögliche Variante zur Entlastung der Bevölkerung in Greifenburg sei.

Dieser politische Postwurf enthielt Behauptungen, die uns äußerst fragwürdig erschienen. Aus diesem Grund haben wir ein Fachbüro beauftragt, die Behauptungen einem Faktencheck zu unterziehen. In diesem Faktencheck konnten wesentliche Darstellungen und Argumentationen, die angeblich für die bahnparallele Trasse sprechen, eindeutig widerlegt werden. (s. Anhang).

Das aktuell vorliegende, bahnparallele B100-Umfahrungsprojekt weist demnach schwere Mängel auf:

- Es hat den größten Flächenverbrauch im Vergleich mit alternativen Varianten.

- Es wird durch den schnellstraßenartigen Ausbau wesentlich mehr Transit-LKWs anziehen, die das Drautal massiv mit Lärm und Abgasen belasten werden.
- Es wurde keiner UVP unterzogen, obwohl nach EU-Recht für den geplanten bahnparallelen, schnellstraßenartigen Ausbau eine UVP erforderlich wäre und weil angrenzende sensible Natura2000 Bereiche von dieser Variante betroffen sind. Renommierete JournalistInnen wie Antonia Gössinger, ziehen den politischen Umgang mit UVP-Verfahren in Kärnten massiv in Zweifel: „Heute scheint die UVP manchen Politikern lästig zu sein. Und mancher Spitzenbeamte meint im vorauseilenden Gehorsam oder in Folge falsch verstandener Wirtschaftsförderung das UVP-Gesetz nicht zu vollziehen sondern beugen zu müssen.“ [Außensicht, Kleine Zeitung, 28.04.2022]
- Es wird als „Sicherheitsausbau“ propagiert, obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass die Unfallschwere auf Straßen mit zunehmender Geschwindigkeit ansteigt. Die bahnparallele Variante ist aber definitiv als schnellstraßenartige Straße geplant. Ebenso ist dies aus Unfallstatistiken ersichtlich, wie es auch im Mobilitätsmasterplan Kärnten festgehalten wurde. Für Greifenburg, aber auch entlang der gesamten bestehenden B100 westlich von Greifenburg könnten und müssten jederzeit Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung gesetzt werden, wenn Sicherheit den politisch und behördlich Verantwortlichen ein echtes Anliegen wäre.

Im Unterschied zur Unterflurvariante kam das aktuelle Projekt weitestgehend unter Ausschluss einer demokratischen Beteiligung der Bevölkerung zu Stande. Dem betroffenen Gemeinderat in Berg/Drau wurde das Projekt nicht einmal zur Beratung und Abstimmung vorgelegt!

Wir möchten weiters darauf hinweisen, dass Greifenburg schon längst eine Umfahrung haben könnte, wenn die Kärntner Landesregierung im Jahre 2011 nicht die bereits fix und fertig ausgearbeitete Unterflurtrasse zurückgezogen hätte, obwohl diese in einem Variantenvergleich laut UVP am besten bewertet und per Bescheid bereits bewilligt worden war. Somit wurde dem Landesrechnungshof die Möglichkeit genommen, das damalige Umfahrungsprojekt zu Ende prüfen!

Abgesehen davon finden wir die Art und Weise, wie die Bürgerinnen und Bürger mit unwahren Behauptungen für ein Projekt gewonnen werden sollten, absolut inakzeptabel und rufen Sie als Landeshauptmann auf, diese Vorgehensweisen nicht unkommentiert zu lassen!

Besonders aber im Hinblick auf eine nachhaltige Klimapolitik ist dieses bahnparallele B100-Neubau-Projekt als absolut verantwortungslos zu bezeichnen. Nach Prof. Dr. Günter Emberger, Verkehrsexperte der TU Wien, ist der Bereich Straßenverkehr mit 30% in Österreich der größte Verursacher von CO₂ und der einzige Sektor, bei dem bisher keine Einsparung von Treibhausgas-Emissionen erreicht wurde. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf!

Sie selbst, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sprachen sich anlässlich des Forums Anthropozän in Mallnitz 2022 für einen Paradigmenwechsel aus: „**Wir werden daran arbeiten müssen, unsere Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und Paradigmenwechsel einleiten. Die Politik muss zur Verlustminderung für die Bevölkerung beitragen!**“

Beim aktuellen B 100-Projekt können wir den Paradigmenwechsel nicht erkennen und vermissen jeglichen Ansatz, Mobilität neu zu denken und eine Verkehrswende, im Sinne einer klimafreundlichen Mobilität, herbeizuführen. Wie es auch im „MOMAK“ der Landesregierung vor einigen Jahren festgehalten wurde.

Wir sind über diesen verantwortungslosen und unehrlichen Umgang mit uns und unserem Lebensraum mittlerweile höchst empört! Daher bitten wir Sie, unsere Bedenken ernst zu nehmen und ersuchen Sie um eine zeitnahe Antwort und einen Gesprächstermin mit Ihnen und den für die B100 Verantwortlichen, um gemeinsam eine weniger zerstörerische und klimafreundliche Lösung für die Bevölkerung von Greifenburg und Berg zu finden!

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Michael Dünhofen

Obamnn Verein Lebensraum Oberes Drautal